

Werktätigen der DDR zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft

Ezekias Papaioannou berichtete über die aktuelle Lage in Zypern und den opferreichen, komplizierten Kampf des zyprischen Volkes für eine gerechte und friedliche Lösung des Zypernproblems. Beide Politiker bekräftigten die übereinstimmende Auffassung der SED und der AKEL, daß die Grundlage für eine solche Lösung die volle Achtung der Souveränität, der Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Republik Zypern sowie der Abzug aller türkischen und anderen ausländischen Truppen und die Beseitigung ihrer Militästützpunkte ist. Alle Flüchtlinge müssen unter sicheren Bedingungen in ihre Heimat zurückkehren können. Nach allen Vermißten müssen Nachforschungen unternommen werden. Es sind Maßnahmen zur sofortigen Realisierung der UNO-Resolutionen über Zypern zu ergreifen, wodurch das Zypernproblem friedlich und demokratisch gelöst würde. Solange das Zypernproblem ungelöst bleibt, besteht die Gefahr eines größeren den Frieden bedrohenden Konfliktes.

Beide Parteien unterstützen deshalb den sowjetischen Vorschlag zur Einberufung einer internationalen Zypernkonferenz im Rahmen der UNO.

Die SED und das Volk der DDR, so erklärte Erich Honecker, werden auch weiterhin den Kampf der AKEL und aller progressiven Kräfte Zyperns solidarisch unterstützen.

Die Generalsekretäre beider Parteien verwiesen auf die wachsenden Aktivitäten der Entspannungsgegner und hoben die Notwendigkeit des geschlossenen Kampfes der internationalen kommunistischen Bewegung und aller demokratischen Kräfte für die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit hervor. Besonders unterstrichen sie die Bedeutung der von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern unterbreiteten Vorschläge zur Einstellung des Wettrüstens, zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Mit Entschiedenheit verurteilten die Repräsentanten der SED und der AKEL die Pläne der USA-Regierung für die Herstellung der Neutronenwaffe.

Erich Honecker und Ezekias Papaioannou brachten die Erwartung zum Ausdruck, daß das Belgrader Treffen der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz ein wirksamer Beitrag zur Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit und zur strikten Einhaltung aller Festlegungen der Schlußakte von Helsinki sein möge.

Beide Seiten bekräftigten ihre solidarische Unterstützung für den Kampf der arabischen Staaten und Völker um eine gerechte politische Lösung des Nahostkonfliktes.

Voraussetzung dafür sind der Abzug aller israelischen Truppen aus den 1967 okkupierten arabischen Territorien und die Anerkennung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich seines Rechts auf Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates.

Die SED und die AKEL erklären sich solidarisch mit allen um ihre Freiheit,